

Lokale Partnerschaft für Demokratie der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (Pfd) - Ziele 2023

Präambel:

„Mit der Pfd in Rostock das Bündnis für ein Demokratisches Miteinander in der Hanse- und Universitätsstadt gestärkt werden. Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Organisationen arbeiten dabei partnerschaftlich zusammen. Sie führen den Diskurs, arbeiten eng mit demokratischen Netzwerken zusammen und nutzen Projekte von Einwohner*innen, Initiativen und Organisationen zur gemeinsamen Zielerreichung. Diese Projekte sollen einer Kultur der Offenheit, der Begegnung, der gegenseitigen Akzeptanz sowie dem Engagement gegen Gewalt und Ausgrenzung dienen.“

Leitziel:

Die Pfd in Rostock befördert den Prozess der Demokratieentwicklung durch die aktive Nutzung der vielfältigen Potentiale der Stadtgesellschaft. Es wurden vier Ergebnisziele (Rahmenziele) festgelegt.

1. Ergebnisziel: Vielfalt

Die Vielfalt und die Potentiale der relevanten Akteur*innen werden aktiv genutzt.

Handlungsziele	Maßnahmen
1.1 Die Kommunikations- und Informationsstrukturen sind aktuell, gepflegt und funktionieren.	Netzwerke werden gepflegt und mindestens zwei neue Projektpartner*innen gewonnen.
1.2 Die Akteur:innen bringen sich aktiv in die Partnerschaft für Demokratie ein.	Einreichung und Vorstellung von mindestens 15 Projektanträgen im BgA.
1.3 Die Demokratiekonferenzen und Feste sammeln Potentiale und präsentieren Vielfalt. Sie dienen so der Aktivierung der Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung.	Durchführung einer Demokratiekonferenz; Aktivierung durch das Demokratiezelt in den Stadtteilen (SBZ) bei mindestens vier Festen: Internationale Wochen gegen Rassismus, Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, #Rostock ist bunt, IDAQ*, CSD, Campustag
1.4 Die Vielfalt in Kultur, Bildung, Sport, Jugendhilfe und Interessenvereinen wird für den Demokratieprozess bestmöglich genutzt. Es wird darauf geachtet, alle Einwohner*innenschichten einzubeziehen. Die Perspektiven von Diskriminierungs betroffenen stehen konsequent im Mittelpunkt.	Förderung mindestens 10 innovativer und kooperativer Projekte, Mitwirkung in der AG Demokratisierung und politische Bildung sowie im Kommunalen Netzwerk Integration, AG Gedenken

2. Ergebnisziel: Stadtteilspezifisch

Die Akteur*innen sind motiviert und aktiviert um die stadtteilspezifischen Herausforderungen optimal zu nutzen.

Handlungsziele	Maßnahmen
2.1 Die Situation und die Problemstellungen in den Stadtteilen sind bekannt und werden in stadtteilspezifischen Projekten berücksichtigt.	Förderung von situationsbezogenen Stadtteilprojekten (dabei mindestens ein Projekt im NO und NW der Stadt); Fähigkeit u. Bereitschaft zur konstruktiven Diskussionskultur fördern, Zivilcourage stärken, Methoden kritischer Meinungsbildung fördern, Medienkompetenz fördern
2.2 Vorhandene Beteiligungsstrukturen werden genutzt und neue für die Pfd interessiert.	Vorstellung der Pfd in den SBZ's, den Stadtteilischen und den Stadtteilmanagements (mindestens ein Gespräch pro SBZ), Zusammenarbeit mit den SBZ's stärken
2.3 Die Diversität in den Stadtteilen wird bestmöglich gelebt.	Eine Kultur des Miteinanders wird entwickelt und gefördert. Integrations- und Inklusionsprozesse werden berücksichtigt. Diversitätsakzeptanz wird gefördert. Mindestens zwei Anträge betreffen dieses Themengebiet.

3. Ergebnisziel: Wirkungsorientierung

Die Pfd in Rostock ist wirkungsvoll und wird als solche wahrgenommen.

Handlungsziele	Maßnahmen
3.1 Die Öffentlichkeitsarbeit ist ausgewogen und wirkt.	Presse- und Gremienarbeit findet mindestens vierteljährlich statt: Nutzung der Stadtteilzeitungen, Soziale Medien, Demokratiezelt
3.2 Eine hohe Qualität der Zusammenarbeit zwischen BgA, Koordinierungs- und Fachstelle und federführendem Amt ist gewährleistet.	Rollen- und Aufgabenverteilungen sind mindestens quartalsweise zu prüfen.
3.3 Der BgA ist aktiv in den strategischen Entwicklungsprozess einbezogen.	regelmäßiger Abgleich der Zielerreichung bei Projekten während der BgA-Sitzungen
3.4 Möglichkeit der Regiopole wird genutzt.	Zusammenarbeit der Pfd in MV oder mit LpB (in mindestens einem Projekt im Jahr)
3.5 Die Partnerschaft für Demokratie ist im Bewusstsein des Kommunalen Handelns.	Mindestens quartalsweise Abstimmungsgespräche im federführenden Amt, Zusammenarbeit mit der Integrations-, Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragten, Monitoring demokratiefeindlicher Vorfälle

4. Ergebnisziel: Jugendbeteiligung

Jugendpolitische Mitbestimmungsformate werden gestärkt. Das Jugendforum ist aktiv.

Handlungsziele	Maßnahmen
4.1 Jugendliche Vertreter*innen arbeiten aktiv im BgA und anderen Gremien mit. Die Arbeit der Jugendlichen wird begleitet und wertgeschätzt.	Stimmrecht und Zielorientierung der Jugendlichen werden genutzt und berücksichtigt (Teilnahme von Jugendlichen an den BgA-Sitzungen). Weiterbildungsmöglichkeiten für Jugendliche werden vermittelt.
4.2 Das Jugendforum fördert Projekte und führt eigene Projekte durch.	Jugendliche werden aktiviert und zur kontinuierlichen Mitarbeit bewegt. Die Struktur des Jugendforums wird gestärkt. Es finden 4 Treffen statt.
4.3 Vorhandene Jugendgremien der Stadt sind angemessen beteiligt.	Zusammenarbeit bei mindestens zwei Projekten mit dem RSjR, Initiativegruppe Jugendbeteiligung, Stadtschülerrat, StuRa oder anderen Jugendräten.
4.4 Alle Formen der Jugendbeteiligung und jugendpolitischen Mitbestimmung werden unterstützt.	Eine Situations- und Ressourcenanalyse zur Jugendbeteiligung und jugendpolitischen Mitbestimmung wird erstellt.